

13. JULI 2019

## **Dennis Lander: Landesregierung wird ihrer Verantwortung beim Kindesmissbrauch in der Homburger Uniklinik nicht gerecht**



Nachdem Justizminister Peter Strobel im Fall des Kindesmissbrauchs an der Homburger Uniklinik verteidigt, dass die Staatsanwaltschaft die betroffenen Kinder und deren Eltern nicht informiert hat, erklärt der rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion im Saarländischen Landtag, Dennis Lander: „Es ist nicht in erster Linie Aufgabe des Ministers, die Fehlentscheidungen der Staatsanwaltschaft zu verteidigen, sondern es ist seine Aufgabe und die der Staatsanwaltschaft, sich vor allem für die Rechte der Opfer einzusetzen. Die Erklärung des Justizministers, die Staatsanwaltschaft habe keine Befugnis gehabt, die Eltern der in der Homburger Uniklinik missbrauchten Kinder zu informieren,

steht in krassem Widerspruch zur Auffassung anderer Juristen. So hat beispielsweise der Münchner Verfassungsrichter Hartmut Wächtler in der Sendung 'Monitor' erklärt: ‚Das Verhalten der Staatsanwaltschaft ist eine Verletzung des Gesetzes.‘ Das Kindeswohl hat im Vordergrund zu stehen, das ist auch eine Verpflichtung der UN-Kinderrechtskonvention („Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen.. ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“) und des im Grundgesetz verankerten Schutzes der Familie. Die Erklärung des Justizministers stößt bei den Opfern und Eltern nur auf Empörung und dient vor allem dazu, von der Verantwortung der Landesregierung abzulenken. Die damalige amtierende Justizministerin Anke Morsch wäre selbstverständlich verpflichtet gewesen, dafür zu sorgen, dass die betroffenen Kinder und ihre Eltern informiert werden. Da die Landesregierung weiter mauert, statt auf Aufarbeitung und Aufklärung zu setzen, wird nach der Sommerpause ein Untersuchungsausschuss eingerichtet werden müssen.“

### **IN VERBINDUNG STEHENDE ARTIKEL:**



**Dennis Lander: Zeugenvernahme des "Sonderermittlers" im Untersuchungsausschuss bringt wenig neues - Aufklärungswille der Landesregierung auch bei Missbrauchsfällen in der Homburger HNO wenig ausgeprägt**

- 1. September 2020



**Dennis Lander: Ministerpräsident Hans ist für das Uniklinikum verantwortlich und muss bei neuem Streit über das Mauern der Klinikum-Leitung im Missbrauchsskandal Konsequenzen ziehen**

- 13. August 2020



**Dennis Lander: CDU, SPD und AfD erschweren Aufklärung der Widersprüche im Untersuchungsausschuss zum Missbrauch an der Uniklinik**

- 22. Juni 2020



**Astrid Schramm: Es gibt keine Kampagne gegen den Gesundheits-Staatssekretär, aber es gibt eine politische Verantwortung für fehlende Aufsicht**

- 12. Juni 2020



**Astrid Schramm: Nach der Anhörung im Untersuchungsausschuss ist Stephan Kolling als Staatssekretär untragbar geworden**

- 11. Juni 2020



**Astrid Schramm: „Sonderermittler“ hat nicht sonderlich viel neues ermittelt – viele Fragen bei Missbrauchs-Skandal an der Uniklinik bleiben offen**

- 17. Dezember 2019



**Dennis Lander: Landesregierung muss Blockadehaltung bei Aufklärung der Missbrauchsfälle am Homburger Uniklinikum aufgeben und dafür sorgen, dass der Untersuchungsausschuss umgehend die vollständigen Akten erhält**

- 25. November 2019



**Dennis Lander: Schweigekartell bei Missbrauchsfällen am Homburger Uniklinikum muss gebrochen werden – Abberufung von Staatskanzlei-Chef Lennartz war offenbar Rettungsversuch für Landesregierung**

- 14. November 2019



**Oskar Lafontaine: Aufklärung zum Kindesmissbrauch am Homburger Uniklinikum unzureichend**

12. November 2019



**Dennis Lander: Untersuchungsausschuss darf sich durch juristischen Winkelzug einer Betroffenen nicht vom Auftrag ablenken lassen, die Missbrauchsfälle und das Verhalten der politisch Verantwortlichen zu untersuchen**

- 28. Oktober 2019

---

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.LINKSFRAKTION-SAARLAND.DE/POLITIK/MELDUNGEN/DETAIL/ARTIKEL/DENNIS-LANDER-LANDESREGIERUNG-WIRD-IHRER-VERANTWORTUNG-BEIM-KINDESMISSBRAUCH-IN-DER-HOMBURGER-UNIKL/](http://www.linksfraktion-saarland.de/politik/meldungen/detail/artikel/dennis-lander-landesregierung-wird-ihrer-verantwortung-beim-kindesmissbrauch-in-der-homburger-unikl/)